

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses
vom Dienstag, 06. Februar 2007

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: Schamberger/Seidinger (TOP 2+3)

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt (für Stadträtin Gruber.), die Stadträtinnen Rauscher und Platzer (für Stadträtin Warg-Portenlänger) sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer F. , Schechner A., Schechner M. jun. und Schechner M. sen.

Entschuldigt war Stadträtin Gruber.

Als Zuhörer war stellvertr. Bürgermeister Ried anwesend.

Von der Verwaltung nahmen Herr Hölzer und Frau Seidinger beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.

TOP 1

AJZ Ebersberg;
Vorstellung des neuen Vorstands

öffentlich

Die neu gewählten Vorstände des Vereins AJZ stellten sich dem Ausschuss vor und erläuterten ihre jeweiligen Aufgaben und Tätigkeiten:

Jörn Keuter	Schriftführer
Christian Zeisel	Sprecher
Tobias Hassel	Bistro
Tobias Springer	Kassier
Lena Scherer	Selbstverw.beauftragte
Thomas Homann	Band
Thorsten Rienth	Presse (entschuldigt abwesend)

Der Sprecher Christian Zeisel berichtete über die letzte sehr erfolgreiche Veranstaltung im Jugendzentrum und über die geplanten Projekte u.a. in Zusammenarbeit mit dem KJR.

Fragen aus der Mitte des Ausschusses wurden sofort beantwortet.

Bürgermeister Brilmayer dankte dem AJZ-Vorstand für seine ehrenamtliche Tätigkeit. Weiter stellte er die Vorpraktikantin Marion Helfrich, die im Bereich Schülerbetreuung und Jugendpflege tätig ist, vor.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um reine Berichterstattung; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 2

Museum Wald und Umwelt;
Beweidung der Freifläche und von Ausgleichsflächen

öffentlich

Frau Seidinger berichtete, dass mit Ausnahme von zwei kleinen Flächen im Jahr 2006 die gesamte Freifläche des Museums sowie die im Süden angrenzende Ausgleichsfläche beweidet wurden. Die Schafe waren von Ende April bis Ende Oktober in wechselnder Herdengröße vor Ort. Die Betreuung erfolgte über den Schäfer, der mindestens einmal in der Woche zum Umstecken der mobilen Zäune kam sowie durch Herrn Kurzeder, Landwirt von der Ludwigshöhe, der täglich nach den Schafen schaute.

Alles in allem lief die Beweidung sehr positiv, es traten kaum Probleme auf. Die Kosten liegen sogar etwas unter denen des maschinellen Mähens. Deshalb sollte auch in diesem Jahr dieses Projekt fortgesetzt werden. Neben den bisherigen Flächen soll eine Beweidung auf zwei weitere Ausgleichsflächen, eine in Haselbach und eine in Englmeng, zusammen etwa 1,5 Hektar, ausgeweitet werden.

Das besondere Augenmerk der Verwaltung liegt dabei zum einen auf der naturschutzfachlichen Ebene, d.h. die Flächen sollen den Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde nach bewirtschaftet werden. Zum anderen dürfen die Kosten die bisherigen Pflegekosten nicht überschreiten, erfahrungsgemäß ist die Beweidung aber eher günstiger. Zu diesem Zweck empfiehlt die Verwaltung auch in diesem Jahr, wieder einen entsprechenden Vertrag mit dem Schafhalter abzuschließen.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde vorgeschlagen, bei der Unteren Naturschutzbehörde auch eine Beweidung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Ausgleichs- und Ökoflächen anzuregen. Außerdem sollte ein größeres Tränkegefäß angeschafft werden. Insgesamt wurde der Bericht von den Ausschussmitgliedern wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen die Beweidung der Museumsfreiflächen einschließlich der Ausgleichsflächen Englmeng und Haselbach im Jahr 2007 weiterzuführen und die Verwaltung mit dem Abschluss eines entsprechenden Vertrages zu beauftragen.

TOP 3

Klostersee;
Pflege- und Entwicklungsplan für den Umgriffsbereich

öffentlich

Nachdem nun die Sanierung des Klostersees soweit fortgeschritten ist und auch die Planung des Klosterseebades Konturen annimmt, soll auch der weitere Umgriff des Klostersees, der sich im Besitz der Stadt befindet, unter die Lupe genommen werden. Konkret geht es dabei um die Hänge südlich und nördlich des Klosterseebades, die im Besitz der Stadt Ebersberg sind. Früher wurden diese Hänge von der Stadt, z.T. über ABM-Maßnahmen gepflegt. In den letzten Jahren beschränkte man sich aus Kostengründen auf eine Pflege durch den Landschaftspflegeverband (LPV). Dieser begründete seinen Einsatz mit dem Vorkommen des seltenen Wiesenknopf-Ameisenbläulings, vor allem an der Nordseite des Sees. Aus naturschutzfachlichen und auch finanziellen Gründen möchte der LPV die Wiesenflächen nur einmal im Jahr, was optisch gesehen zu einer gewissen „Verwilderung“ geführt hat. Für die Natur stellt das keinen Nachteil dar, für das Auge ist es aber gerade in diesem wichtigen Naherholungsbereich nicht immer angenehm.

Die Stadt hat nun das Landschaftsarchitekturbüro Bauer beauftragt, ein Pflegekonzept für die stadteigenen Flächen zu erstellen. Dies ist in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem LPV geschehen.

Frau Seidinger stellte das Konzept vor und schlug vor, dass Konzept so umzusetzen mit Ausnahme des Teils „Feuchtwiesenflächen südlich kleiner Weiher“. Dieser Bereich liegt abseits der Spazierwege und laut Auskunft des LPV genügt die bisherige Pflege, um eine Verbuschung zu vermeiden.

Die Kosten für die einmalige Durchführung der Pflegearbeiten wie im Plan vorgeschlagen, ausgenommen der Mäharbeiten, belaufen sich bei Vergabe an eine Firma schätzungsweise auf etwa 15.000 Euro. Die Kosten für einen zusätzlichen Mähgang, neben dem Mähen durch den LPV, betragen etwa 1500,- Euro jährlich.

Auf Anfrage erklärte Frau Seidinger, dass eine Beweidung mit Schafen auch hier grundsätzlich möglich wäre, wenn auch durch die vielen Spaziergänger mit Hunden unter etwas schwierigeren Bedingungen. Aus der Mitte des Ausschusses wurde außerdem angeregt, in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde noch einzelne Bäume zur ökologischen Aufwertung zu pflanzen.

Zum Thema Fischbesatz im Klostersee konnte Bürgermeister Brilmayer auf Bitten des Ausschusses berichten, dass hierzu Gespräche mit dem Anglerbund, dem Fischereiberater vom Bezirk Oberbayern sowie verschiedenen Fachleuten geführt werden, eine abschließende Entscheidung allerdings der Stadtrat treffen muss.

Der Ausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, die einmaligen Pflegearbeiten sowie den zusätzlichen Mähgang wie vorgetragen in Auftrag zu geben. Nach Möglichkeit sollte dies noch in diesem Frühjahr durchgeführt werden.

TOP 4

Gentechnikfreie Anbauzone Ebersberg;
Antrag von Stadtrat Schechner v. 07.12.06

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte über die aufgrund des Antrags „Gentechnikfreie Anbauzone“ von Stadtrat Schechner M. sen. geführten Gespräche mit den Ortsbauern von Ebersberg – Herrn Josef Schechner und Oberndorf- Herrn Johann Fuchs.

In Abstimmung mit den Landwirten wurde von Bürgermeister Brilmayer, der in der Sitzung aufliegende Beschlussvorschlag unterbreitet.

Stadtrat Schechner M. sen. schilderte die Auswirkungen der Gentechnik und die zu erwartenden Nachteile.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde es begrüßt, dass der Antrag im Ebersberg Stadtrat behandelt wird und nicht wie im Kreistag abgelehnt wurde. Des weiteren war die Meinung aus Sicht der SPD-Fraktion, dass es sich hierbei um eine Kompromisslösung handle, es aber sehr wichtig ist, dass der Stadtrat ein deutliches Signal setzt.

Sowohl aus der Sicht der Grünen-Fraktion wie auch von Seiten der CSU-Fraktion wurde bekräftigt wie wichtig es ist, dass der Stadtrat ein Zeichen setzt.

Nach kurzer Diskussion wurde folgender Beschluss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen gefasst.

Der Stadtrat von Ebersberg distanziert sich von dem Einsatz der „Grünen Gentechnik“ und versichert seinen Landwirten die ideelle Unterstützung beim Verzicht darauf. Auf gemeindeeigenen, landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen darf kein verändertes Saatgut im Sinne „Grüner Gentechnik“ verwendet werden. In städtischen Einrichtungen (z.B. bei der Mittagsbetreuung) dürfen gentechnische veränderte Lebensmittel („Grüne Gentechnik“) nicht verwendet werden.

TOP 5

Einführung von Ganztagsklassen an der Volksschule Ebersberg;
 Prüfung der Notwendigkeiten und Möglichkeiten
 Antrag der CSU-Fraktion vom 30.10.06

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte die Ausschussmitglieder über die gegenwärtigen Voraussetzungen zur Einrichtung einer gebundenen Ganztagschule:

1. Fördervoraussetzungen:
 - a. Genehmigung durch Kultusministerium
 - b. mindestens 7 Zeitstunden/Tag – ohne Mittagspause (z. B. 08.00 Uhr – 15.30 Uhr)
 - c. Mindestschülerzahl: 15

2. Förderung:
 - a. Hauptschule:
12 zusätzliche Wochenstunden pro Ganztags-Klasse
6000,00 € für zusätzliche Arbeitskräfte von außen (Personalkosten)
 - b. Grundschule
10 zusätzliche Wochenstunden pro Ganztags-Klasse
3000,00 € für zusätzliche Arbeitskräfte von außen (Personalkosten)
 - c. keine zusätzlichen Fördermittel für den entstehenden Sachaufwand

3. Allgemeines:
 - a. Ganztagschule ist kostenfrei; Eltern bezahlen lediglich Mittagsverpflegung
 - b. vor Antragstellung evtl. Beratungsbesuch bei Frau Degen sinnvoll
 - c. Beginn von Ganztagsklassen in jeder Jahrgangsstufe möglich
 - d. Ermittlung des Bedarfes sinnvoll
 - e. das Genehmigungskriterium „sozialer Brennpunkt“ ist lt. Frau Degen (Reg./Obb.) nicht eng auszulegen; individuelle Notwendigkeiten vor Ort bzw. in der Schülerschaft (z. B. schwierige Unterrichtssituation durch verhaltensauffällige Kinder, die mehr Zeit zum Lernen brauchen) werden ebenso bewertet

4. Antragsverfahren:
 - a. Antrag ist von der Schule an die Reg/Obb. zu richten
(für das Schuljahr 2007/2008 bis spät. 05.04.07)
 - b. Antrag wird an das Kultusministerium weitergeleitet; dort wird entschieden

Bürgermeister Brilmayer und Jugendpfleger Hölzer erzählten über die vorab mit Schulleiter Schwelling geführten Gesprächen, in denen Hr. Schwelling berichtete, dass bisher an die Schule von Seiten der Eltern keine Anfrage gestellt wurde.

Bürgermeister Brilmayer empfahl im laufenden Jahr den Bedarf zu ermitteln. Aufgrund der Einrichtung der Nachmittagsbetreuung seit 2003 ist die Ebersberger Volksschule bereits eine offene Ganztagschule.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde der Antrag der CSU-Fraktion begrüßt. Es wurde empfohlen ein Schulkonzept unter Berücksichtigung der Kosten und des Raumbedarfs zu entwickeln.

Der gesamte Ausschuss begrüßte die Entwicklung und legte die Vorteile der Ganztagschule für Schüler und Eltern dar.

Nach kurzer intensiver Beratung wurde folgender Auftrag an die Verwaltung erteilt:

Die Stadtverwaltung möge gemeinsam mit der Schulleitung unserer Ebersberger Volksschule die Notwendigkeit und Möglichkeit der Einführung von Ganztagsklassen prüfen (u.a. 1. Schulkonzept, 2. Finanzierung, 3. Raumbedarf usw.). Diese Angebote sollen neben den herkömmlichen Klassen bestehen, so dass der Besuch freiwillig erfolgen kann. Dem Sozial-, Kultur- und Umweltausschuss ist zu berichten.

TOP 6

Hauptschule Ebersberg;
Bericht zur Raumsituation nach Aufnahme der Schüler der
Teilhauptschule Steinhöring ab Schuljahr 2007/2008

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer berichtete über die Auflösung der Teilhauptschule Steinhöring . Anhand der derzeit bekannten Schülerzahlen kann man davon ausgehen, dass die Schüler, obwohl eine Klasse deshalb geteilt werden muss, in den Räumen der Schule Ebersberg Platz finden. Nur im äußersten Notfall werden die Kinder nach Steinhöring wieder „ausgelagert“.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um reine Berichterstattung; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 7

Kreisjugendring Ebersberg;
Zuschuss 2007

öffentlich

Der Kreisjugendring beantragt für das Jahr 2007 einen Zuschuss in Höhe von 3.619,59 €. Der Betrag setzt sich aus einem Grundbetrag von 694,00 € und einem Anteil von 70 % der im Jahr 2006 an Ebersberger Organisationen für Jugendarbeit ausgereichten Fördermittel zusammen. Die restlichen 30% werden nach wie vor vom Landkreis erstattet. Die Obergrenze des Gesamtzuschusses wurde dabei wiederum bei 34.500,00 € festgeschrieben.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 7 : 0 Stimmen, dem Kreisjugendring für das Jahr 2007 einen Zuschuss in Höhe von 3.619,59 € zu gewähren.

Stadtrat Schechner Martin jun und Schechner Martin sen. waren bei der Beratung und Abstimmung nicht anwesend.

TOP 8

Sachgebiet Kinder, Jugend, Familie;

a) Situationsbericht

b) Entwicklung von Leitlinien

öffentlich

Jugendpfleger Hölzer stellte anhand der Tischvorlage (Anlage 1) den Ausschussmitglieder die derzeitigen Aufgaben und das zukünftige Programm des Sachgebiets Kinder, Jugend und Familie vor.

Fragen aus der Mitte des Ausschusses zu Projekten wurde von Jugendpfleger Hölzer sofort beantwortet. Die Ergebnisse aus der Steuerungsgruppe wurden grundsätzlich für gut befunden, es wurde aber die teilweise geringe Teilnahme bemängelt . Es wurde angeregt, einen Workshop, in dem der gesamte Sozialausschuss geladen wird, zu machen.

Von Seiten der SPD-Fraktion wurde bemängelt, dass die Leitlinien nicht wie in der Steuerungsgruppe besprochen, ausgearbeitet wurden. Des weitern wurde kritisiert, dass der Situationsbericht nicht losgelöst von der Personalsituation bewertet werden kann. Herr Hölzer stellte fest, dass die Leitlinien von der Politik und nicht von der Verwaltung definiert werden müssen.

Abschließend zeigte er einige Bilder von div. Projekten des vergangen Jahres.

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um reine Berichterstattung; eine Beschlussfassung fand nicht statt.

TOP 9

Verschiedenes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte, dass die Anträge

- Überprüfung der Öffnungszeiten Kindergärten/Krippen
Antrag der CSU-Fraktion vom 01.02.07 und
- Mehrgenerationenhaus für Ebersberg
Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2007

im nächsten Sozialausschuss beraten werden.

TOP 10

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadtrat Andreas Schechner stellte Fragen zum Dualen-System und den Containerstandorten bzw. Anzahl der Container.

Bürgermeister Brilmayer informierte hierzu über die gegenwärtigen Vereinbarungen mit der Firma Remondis .

Stellvertr. Bürgermeisterin Anhalt regte an, die Blumenrabatten entlang der Josef-Brendle-Straße beim Aldi-Parkplatzes zu entfernen und anstelle dieser einen Gehweg zu bauen. Des weiteren wäre sinnvoll den Durchgang für Fußgänger in der Höhe der ehemaligen Ausfahrt zur Münchner Straße zu ermöglichen.

Stadträtin Rauscher interessierte der „Baustand“ der Rampe für die Kinderkrippe St. Sebastian. Sie regte auch an, am Gehweg Ulrichstraße Höhe ehemalige Eisdiele ein Geländer zu installieren, damit die Kinder vom abschüssigen Gehweg, kommend von der Pfarrer-Bauerstraße, abgefangen werden.

Weiter bemerkte sie, dass der derzeitige Betreuungsschlüssel der Stadt Ebersberg von den Kindergärten nicht ausgeschöpft werde.

Bürgermeister Brilmayer teilte mit, dass der Bauhof an der Rampe arbeitet und die Fertigstellung sich nach dem zu leistenden Winterdienst richtet.

Auf den Betreuungsschlüssel kann die Stadtverwaltung nicht einwirken, der liegt ganz in der Verantwortung der Träger.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.35 Uhr

Brilmayer
Sitzungsleiter

Seidinger
Schriftführerin (TOP2+3)

Schamberger
Schriftführerin